

Antrag SG-05: Umfassender Armutsbegriff

Antragsteller*in:	AWO Landesverband Schleswig-Holstein e.V.
Status:	überwiesen an das Präsidium
Sachgebiet:	SG - Soziale Gerechtigkeit & Steuerpolitik

- 1 Der AWO Bundesverband e. V. formuliert einen umfassenden Armutsbegriff, der das
- 2 Spektrum von Armut im Kontext der sozialen Arbeit abbildet.

Begründung

21 Prozent der Bevölkerung sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht und betroffen. In nahezu allen Angeboten der Arbeiterwohlfahrt sind Folgen von Armut festzustellen. Obwohl die Vereinten Nationen Ziele für eine nachhaltige Entwicklung bis 2030 formuliert haben um Armut zu beenden, stehen die Vorzeichen in der deutschen Politik eher auf den Abbau von Hilfe und Unterstützung für von Armut bedrohte oder betroffene Menschen. Im politischen Diskurs gibt es kaum einen Konsens darüber, was Armut bedeutet bzw. welchen Gruppen, die von Armut bedroht oder betroffen sind, überhaupt geholfen werden soll. Narrative der Rechtspopulisten und Rechtsextremen werden auch von einigen demokratischen Parteien eingesetzt, wie zum Beispiel Rufe aus der CSU bei Sozialleistungen zu kürzen, und spielen hier einzelne Gruppen gegeneinander aus. So werden Menschen in einer Notsituation ausgegrenzt und sollen von Unterstützungssystemen ausgeschlossen werden. Forderungen wie diese widersprechen dem vom Bundesverfassungsgericht festgestellten Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Für Menschen in Not würde die Durchsetzung dieser Ideen eine persönliche Katastrophe bedeuten können und der Idee des demokratischen Sozialstaates widersprechen.

Nach einem Beschluss der Europäischen Union von 1984 ist es allgemein üblich, die Armutsrisikoschwelle bei 60 Prozent des durchschnittlichen Jahreseinkommens (Median des Nettoäquivalenzeinkommens) zu definieren. Laut Statistischem Bundesamt lag dieser Wert 2024 bei 16.571 Euro. In der täglichen Arbeit der Arbeiterwohlfahrt mit Familien, Kindern, Jugendlichen, Senior*innen, Geflüchteten, Eingewanderten, Menschen mit Beeinträchtigung und weiteren benachteiligenden Faktoren zeigen sich jedoch noch viele weitere Facetten von Armut. Von Armut betroffene Menschen reagieren ganz unterschiedlich auf ihre finanzielle Not. Wie resilient eine Person im Falle eines Arbeitsplatzverlustes, Trennung oder schwerer Krankheit ist, wird unter anderem auch davon bestimmt, ob diese über ein eigenes Netzwerk und über soziale Bindungen verfügt. Auch die Fähigkeit zur Selbstfürsorge in Hinblick auf Ernährung, Gesundheitspflege oder weitere Lebensumstände wie Partnerschaftsgewalt ist von der individuellen Widerstandskraft abhängig. Hilfe und Unterstützung für von Armut bedrohte und betroffene Menschen müssen also nicht nur finanzieller Art sein, sondern es müssen zwingend auch psychosoziale Hilfen sein wie Beratung, Begleitung und Qualifizierung.

Geringe finanzielle Möglichkeiten und beispielsweise die Folgen sozialer Isolation hindern Menschen, die von Armut bedroht oder betroffen sind, an Sport, Kultur und weiterem gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Für Kinder bedeutet dies verpasste Bildungschancen, nicht entwickelte Talente, möglicherweise ein schlechter Gesundheitszustand. Insgesamt wirkt sich der Stress, den ein Leben in Armut bedeutet, für betroffene Menschen negativ auf die Gesundheit aus. 2024 gehörten 17 Prozent der in einer repräsentativen Langzeitstudie untersuchten Kinder zu einer Risikogruppe für psychische Erkrankungen. Risikofaktoren sind ein geringer Bildungsstand der Eltern, psychisch belastete Eltern, Migrationshintergrund der Eltern und beengter Wohnraum. Für Erwachsene können fehlende Teilhabe und soziale Isolation ebenfalls starke Auswirkungen auf die seelische und körperliche Gesundheit und

beispielsweise damit auch auf die Möglichkeiten am Arbeitsmarkt haben. Altersarmut trifft vor allem Frauen, ehemalige Soloselbstständige und Senior*innen ohne durchgehende Erwerbstätigkeit. Auch bei ihnen führt fehlende Teilhabe an Sport, Kultur und weiterem gesellschaftlichen Leben zu Vereinsamung. Einsamkeit stellt ein hohes Risiko für Depressionen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen dar sowie führt häufig zu einer Verschlechterung des allgemeinen Gesundheitszustandes etwa durch unzureichende Nahrungsaufnahme. Werden in Armut lebende Senior*innen pflegebedürftig sind sie besonders gefährdet, nicht ausreichend versorgt zu sein. Bei einem hohen Pflegegrad bleiben trotz Pflegeversicherung Kosten, die privat gezahlt werden müssen. Laut der OECD-Studie betragen diese 40 Prozent eines mittleren Monatseinkommens älterer Menschen. Werden diese bei Bezug der Grundsicherung im Alter vom Amt beglichen, muss in Vorleistung gegangen werden – es sind Fälle von bis 7 Monaten bekannt. Werden diese Kosten nicht von beispielsweise Angehörigen ausgelegt, müssen die Pflegebedürftigen auf diese Leistungen nicht selten verzichten.

Ein umfassender Armutsbegriff, der das Spektrum von Armut im Kontext der sozialen Arbeit abbildet, unterstützt die AWO dabei, die Öffentlichkeit über Armut und ihre Folgen zu informieren und mit der Politik über Wege zur Beendigung von Armut zu diskutieren.